

# Beschluss

---

**der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Liberale Frauen e.V.  
am 13./14.11.2004 in Magdeburg**

---

## **Bevölkerungs- und Familienpolitik**

„Kinder kriegen die Leute immer“ ist eine der vielzitierten Aussagen von Konrad Adenauer, die angesichts des Bevölkerungswachstums der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg sicher nachzuvollziehen ist, die sich aber trotzdem als historischer Irrtum herausgestellt hat. In den alten Bundesländern führte der Pillenknick, in Ostdeutschland zusätzlich der „Wendeschock“ und innerdeutsche Migration zu einem hohen Bevölkerungsverlust. Die zunehmende Alterung stellt alle Bundesländer zukünftig vor Probleme, die in den neuen Bundesländern voraussichtlich eher zu spüren sein werden, als in den alten Bundesländern.

Dabei ist für Männer wie Frauen Familiengründung und Kinder nach wie vor selbstverständlicher Teil ihrer Lebensplanung. Keine Kinder zu wollen, ist gerade bei jungen Menschen eher selten. Dies belegt, dass eine modern verstandene Bevölkerungspolitik Menschen nicht überreden muss, Kinder zu bekommen, die sie eigentlich nicht wollen, sondern vielmehr Möglichkeiten und Lebenschancen eröffnen soll.

Angesichts der – gesamtdeutschen - Problematik ist es kein Wunder, dass der politische Handlungsdruck und damit auch die Zahl der politischen Lösungsansätze steigen. Steuervergünstigungen für Familien, höheres Kindergeld, Erziehungsgeld sind nur einige der diskutierten Ansätze.

Welche Ansätze gibt es dabei für eine liberale Bevölkerungs- und Familienpolitik in Deutschland, die zum Ziel hat, die Bevölkerungsentwicklung zu stabilisieren?

Liberales Leitbild der Familie in der modernen Gesellschaft ist jede auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen füreinander eintreten und Verantwortung übernehmen. Familie ist nicht nur Ausdruck persönlicher und sozialer

Bindung. Sie ist auch das kleinste und bedeutendste soziale Netz und steht zu Recht unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

Liberaler Familienpolitik ist offen für die Bedürfnisse und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern und berücksichtigt den gesellschaftlichen Wandel. Pluralisierung, Individualisierung und neue Lebensentwürfe von Frauen und Männern haben in unserer Gesellschaft zu vielfältigen Lebensstilen geführt. Familie, das sind Ehepaare, alleinerziehende Mütter und Väter, sowie alle Formen nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften mit ehelichen, nichtehelichen, adoptierten Kindern oder mit Pflegekindern.

Familie ist dort, wo Kinder sind.

### ***Liberaler Familienpolitik: Wahlfreiheit der Lebensgestaltung und Generationengerechtigkeit!***

Der Wunsch nach Kindern und die Wirklichkeit differieren in erheblichem Maße. Maßgebliche Gründe für diese Entwicklung sind, die tatsächlichen und befürchteten Benachteiligungen von jungen Familien, wie die Benachteiligungen von Familien im Steuerrecht, die Benachteiligung junger Eltern im Beruf und das insgesamt kinderunfreundliche Klima in Deutschland. Vorbilder, Werte und Ideen sind nötig, um Kinderfreundlichkeit als selbstverständlich in allen Entscheidungen von Politik und Wirtschaft zu realisieren. Die Liberalen Frauen fordern, dass Politik aktiv für Familien Partei ergreift und in einem Kommunikationsprozess mit allen gesellschaftlichen Akteuren für eine Kinder- und Familienfreundlichere Gesellschaft wirbt.

Ein modernes Verständnis der Rollen von Frauen und Männern ist die Basis für eine neue kinderorientierte Politik, denn Väter und Mütter müssen die Sicherheit haben, dass ihre Entscheidung für Kinder immer Respekt und Unterstützung verdient und nicht im Widerspruch zu ihren sonstigen persönlichen oder beruflichen Wünschen stehen muss. Frauen und Männer brauchen dabei auch zukünftig die Sicherheit, dass sich die Frage einer Entscheidung zwischen Kind und Erwerbstätigkeit nicht stellt, sondern mit gegenseitiger Unterstützung der Partner immer eine für alle Familienmitglieder akzeptable Lösung angestrebt werden kann, gleich welches Familienmodell der persönlichen Entscheidung zugrunde liegt. Die liberale Bürgergesellschaft hat zum Ziel, für Männer und Frauen in allen Lebensbereichen

gleiche Chancen zu schaffen. ***Liberale lehnen aus diesem Grund Forderungen nach Einführung eines Erziehungsgehaltes weiterhin strikt ab.***

Darüber hinaus geht es liberaler Familienpolitik darum, in einer Gesellschaft, in der nur ein Teil der Menschen Kinder hat, Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen Familien und kinderlosen Bürgerinnen und Bürgern herzustellen.

*Familie endet aber nicht mit dem Erwachsenwerden der Kinder, sondern besteht darüber hinaus fort, solange ein gegenseitiges Einstehen der Familienmitglieder für einander gelebt wird.* Dieses gegenseitige Einstehen zeigt sich in der Bereitschaft, gegenseitige Verantwortung, insbesondere bei Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit, zu übernehmen. Gerade angesichts der demographischen Entwicklung ist in der Familienpolitik verstärkt die Beziehung erwachsener Kinder und ihrer Eltern in den Blick zu rücken. Zwischen dieser mittleren und der älteren Generation werden in hohem Maße gegenseitig Verantwortung und Lasten übernommen, die die Gesellschaft angemessen anerkennen und bei Bedarf unterstützen muss.

*Kinder dürfen keine Nachteile erfahren wegen der Familienkonstellation, in der sie leben.*

Alle familienpolitischen Maßnahmen müssen die verschiedenen Lebensformen der Familien, wie Ein-Eltern-Familien, unverheiratete Eltern u.a, berücksichtigen. Familienpolitik muss darauf hinwirken, Benachteiligungen oder Besserstellungen zwischen Familien mit und ohne Trauschein zu vermeiden.

*Damit ist Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe, die von allen gesellschaftlichen Akteuren bewältigt werden muss.*

***Familiengerechte Arbeitswelt durch Flexibilisierung und individuelle Lösungen!***

Die institutionellen Rahmenbedingen, um Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren, sind in den Neuen Bundesländern ausgesprochen gut. Sie gehören im deutschen und auch im europäischen Bereich zur Spitze, sowohl hinsichtlich der

Quantität als auch der Qualität der Betreuung. So liegt in Sachsen-Anhalt die Frauenerwerbsquote bei 72,9% und damit ca. 9 % über dem bundesdeutschen Gesamtdurchschnitt (65,1 %) und ca. 13% über der Frauenerwerbsquote in Nordrhein-Westfalen (60,2 %). In den Neuen Bundesländern ist die geringe Geburtenrate eher auf die hohe Arbeitslosigkeit und die Sorgen junger Menschen vor ihrer eigenen Zukunft zurückzuführen.

Der deutsche Arbeitsmarkt gilt als ausgesprochen starr und streng reglementiert. Nach wie vor steht dahinter die Vorstellung, dass Arbeitnehmer ein möglichst langfristig stabiles Beschäftigungsverhältnis beim selben Arbeitgeber, am selben Ort, im gleichen Beruf innehaben. Dies widerspricht aber den Anforderungen der heutigen Arbeitswelt und bricht zunehmend auf. Eine weitere Flexibilität des Arbeitsmarktes, auch durch den Verzicht auf überzogene Schutzbestimmungen, die sich gegen die Beschäftigten verkehren, würde diese Entwicklung beschleunigen.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit, nicht nur in Form von traditionellen starren Teilzeitmodellen, sondern auch mit Jahres- oder Lebensarbeitszeitkonten und anderen kreativen Modellen, die private und betriebliche Bedürfnisse in Einklang bringt, sind für Familien wichtig. Sie sind ganz wesentlich zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kinderbetreuung und mit Hilfen für pflegebedürftige Angehörige. Eine Flexibilisierung beim Arbeitsort durch Modelle wie Heimarbeit ist häufig ein Weg, um zu Hause familiären Verpflichtungen trotz Berufstätigkeit nachgehen zu können.

Eine familienfreundliche Personalpolitik ist längst nicht mehr als betriebliche Sozialleistung anzusehen, sondern als Teil der zielgruppenspezifischen Personalentwicklung unterschiedlicher Personalgruppen. Sie sind in zukunftsweisenden Firmen schon heute Teil von so genannten „work-life-Programmen“ zur gelungenen Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Für Unternehmen rechnen sich familienfreundliche Maßnahmen: Kapital, das in die Einführung familienfreundlicher Maßnahmen gesteckt wird, erbringt eine Rendite von durchschnittlich 25 %. Das Verhältnis von realisierten Einsparungen und Maßnahmenkosten zeigt somit, dass die familienfreundlichen Maßnahmen betriebswirtschaftlich sinnvoll – und keineswegs nur eine humanitäre Geste sind. Die Palette der familienunterstützenden Maßnahmen ist breit. Sie reicht von betrieblich geförderter Kinderbetreuung bis zur familienfreundlichen Personalpolitik.

Der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben kommt als existenzsichernde Grundlage eine zentrale Bedeutung zu. Ziel liberaler Familienpolitik ist es Vätern und Müttern in ihrem Wunsch zu unterstützen, Familienarbeit und existenzsichernde Erwerbstätigkeit gleichberechtigt und nach ihren individuellen Vorstellungen aufteilen zu können. Die gleichberechtigte Teilhabe von Müttern und Vätern am Erwerbsleben ist daher selbstverständlich. Gerade in den Neuen Bundesländern sichert oftmals nur die Erwerbstätigkeit beider Elternteile das Familieneinkommen. Darüber hinaus gehört es zum Selbstverständnis der Frauen in den Neuen Bundesländern einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Es geht um die echte Vereinbarkeit von existenzsichernder Erwerbstätigkeit und Familienarbeit, denn im internationalen Vergleich zeigt sich, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen mit einer höheren Geburtenzahl einhergeht, allerdings ist dies davon abhängig, dass sowohl die entsprechenden Strukturen für die Kinderbetreuung, als auch entsprechende Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind. Bei fehlenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, sind noch so gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten ohne Wirkung. Junge Frauen ziehen, wie das Beispiel der Neuen Bundesländer zeigt, dann auch in Regionen, in denen eine deutlich schlechtere Kinderbetreuung vorgehalten wird und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gegeben ist.

### ***Generationengerechte Familienförderung mit liberalem Steuerkonzept, Reformen der Sozialversicherung und des Unterhaltsrechts!***

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und der 11. Kinder- und Jugendbericht weisen deutlich nach, dass die Entscheidung für die Gründung einer Familie, besonders mit mehr als einem Kind, in Deutschland mit ökonomischen Risiken verbunden ist. Damit einher geht die Gefahr der sozialen Ausgrenzung durch Nachteile in Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Wohnsituation, sozialen Beziehungen und kultureller Teilhabe. Deutlich ist allerdings auch, dass individuelle finanzielle Transferleistungen allein die Situation von Familien nicht nachhaltig verbessern. Die finanzielle Förderung der Familie durch den Staat ist in Deutschland im internationalen Vergleich hoch. Nach OECD-Daten für 1998 lagen in Deutschland die

öffentlichen Ausgaben für Familien bei 2,73 % des Bruttoinlandsproduktes und damit leicht über dem Wert von Frankreich, wo die Geburtenrate aber deutlich höher liegt.

Deshalb ist es Ziel liberaler Familienpolitik, die wirtschaftliche und soziale Handlungsfähigkeit der Familien zu sichern und zu stärken. Die Liberalen Frauen setzen auf gezielte Strategien, die vor sozialen Risiken schützen. Dazu gehören Bildung, Beratung und Beteiligung, das Erlernen persönlicher Krisenbewältigungsstrategien von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ebenso wie die Veränderung der Infrastrukturen in kommunalen Lebensräumen. Diese Sichtweise rückt die Hilfe zur Selbsthilfe in den Mittelpunkt.

Für familienpolitische Maßnahmen wurden in Deutschland im Jahre 2001 ca. 165,69 Mrd. Euro aufgewandt. Davon entfällt über ein Drittel auf steuerpolitische Maßnahmen (Kinderfreibetrag, Kindergeld, Ehegattensplitting etc.) und knapp zwei Drittel auf Transfers der Sozialversicherungen und Gebietskörperschaften (Familienversicherung in Kranken- und Pflegeversicherungen, Mutterschaftsgeld, Kindererziehungszeiten und Bundeszahlungen dafür in der Rentenversicherung, Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuss, Familienzuschläge im öffentlichen Dienst, Ausgaben für Kindertageseinrichtungen, Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen u.v.m.). Im OECD-Vergleich ist auffällig, dass bei den öffentlichen Ausgaben in Deutschland der Anteil der Geldleistungen (71 %), wie Kindergeld, gegenüber dem Anteil der Dienstleistungen (29 %), wie Kinderbetreuungseinrichtungen, sehr hoch ist. Vor diesem Hintergrund ist nicht davon auszugehen, dass ein Mehr an Geldleistungen ein Mehr an Kindern bedeutet.

Familienplanung braucht Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft. Es ist nicht die Aufgabe und das Recht eines liberalen Staates, Eltern die Verantwortung für ihre Kinder abzunehmen. Aber *Familien mit Kindern brauchen verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen*. Familienbezogene Geldleistungen sind anhand der Maßstäbe der Selbstverantwortung, Zentrale Elemente zur finanziellen Förderung und Entlastung von Familien sind: *Der liberale Steuer-Gesetzentwurf mit einem neuen steuerlichen Grundfreibetrag von 7.500 Euro pro Familienmitglied*. Das Modell der Liberalen entspricht in diesem Punkt den Prinzipien der Besteuerung nach der

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Eigenverantwortlichkeit der Eltern für ihre Kinder.

Die ungleiche Förderung von Familien mit höherem und mit niedrigerem Einkommen wird nach dem Konzept der Liberalen abgebaut: Durch Anhebung des Kindergeldes auf 200 Euro pro Kind und Monat wird die bislang unterschiedliche Wirkung gegenüber der Inanspruchnahme von Freibeträgen weitgehend ausgeglichen. Die Steuerentlastung für Ehen und Familien wird stärker auf Familien mit Kindern konzentriert: Wie oben gezeigt, wird die steuerliche Förderung der Familien mit Kindern deutlich verbessert. Gleichzeitig wird der mögliche Vorteil aus dem Ehegattensplitting, der weiterhin allen Ehepaaren zugute kommen soll, ob sie Kinder haben oder nicht, begrenzt. Im Jahr 2002 betrug dieser Vorteil bis zu 9872 Euro, nach dem neuen Gesetz der Liberalen höchstens 5040 Euro im Jahr.

Mit der vorgesehenen *Abschaffung der Steuerklasse V* wird eine wichtige frauenpolitische Forderung Realität: Wissenschaftliche Untersuchungen haben belegt, dass innerhalb des System des Ehegattensplittings gerade die Steuerklasse V die Arbeitsanreize für den Zweitverdiener vermindert und zwar umso mehr, je weiter die Einkommen der Ehepartner auseinander liegen.

*Aufwendungen für die Beschäftigung einer Kinderfrau, Haushaltshilfe, Pflegekraft etc. im Privathaushalt* im Rahmen eines geringfügigen oder voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses können im Kalenderjahr vom Gesamtbetrag der zu versteuernden Einkünfte abgezogen werden. Damit werden Privathaushalte als Arbeitgeber anerkannt und ein attraktiver Weg aus der bisher in diesen Bereichen üblichen Schwarzarbeit eröffnet.

Zur *Berücksichtigung der Erziehungsleistung* wird eine "kapitalgedeckte Kinderrente" aufgebaut. Die heute schon im Bundeshaushalt aufgewendeten Mittel in Höhe von 11 Mrd. € zur Finanzierung der Kindererziehungszeiten in der umlagefinanzierten Rente sollen umgewidmet werden. Den Eltern werden während der Kindererziehungszeit die entsprechenden Mittel zum Auf- und Ausbau einer ergänzenden „kapitalgedeckten Kinderrente“ zur Verfügung gestellt. So könnte zum Beispiel der Mindestbeitrag durch die Kinderrente geleistet werden. Die aus der Umstellung

resultierenden – vorübergehenden – Mehrbelastungen der Rentenversicherung bzw. des Bundes können durch Übergangsregelungen, wie z. B. durch eine zeitliche Streckung oder stufenweise Einführung der „kapitalgedeckten Kinderrente“, minimiert werden. Für Liberale gilt, dass die finanzielle Förderung von Familien vorrangig heute im Steuerrecht erfolgen muss und nicht auf die spätere Rentenzahlung vertagt werden darf. Ein weiterer Ausbau der Berücksichtigung der Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung ist nicht systemgerecht, weil er das Prinzip der Beitragsäquivalenz verletzt und einseitig die abhängig Beschäftigten zur Finanzierung heranzieht.

Durch das Bundesverfassungsgericht wurde im April 2001 in mehreren Urteilen zur Pflegeversicherung entschieden, dass es mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei, dass Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung, die Kinder betreuen und erziehen, mit einem gleich hohen Pflegeversicherungsbeitrag wie kinderlose Versicherte belastet werden. *Daher sprechen sich die Liberalen Frauen dafür aus, die Berücksichtigung der Erziehungsleistung der Eltern aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren, die als Bundeszuschuss die Kindererziehungsleistung ausgleicht.*

Die Liberalen Frauen sehen in der sozial zu flankierenden Privatisierung des gesamten Krankenversicherungssystems, den besten Garanten dafür, dass die Herausforderungen an ein zukunftsfestes Gesundheitssystem erfolgreich bewältigt werden können. Wir wollen ein leistungsfähiges Gesundheitssystem durch mehr Wettbewerb, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung. Das steht für die Fairness zwischen den Generationen. In der Krankenversicherung wollen die Liberalen Frauen deshalb, dass die solidarische Umverteilung zugunsten von Familien nicht mehr wie im heutigen System allein von den gesetzlich Krankenversicherten, sondern durch die gesamte Solidargemeinschaft der Steuerzahler zu leisten ist. Jeder Bürger soll für den von ihm gewählten Versicherungsschutz eine kostendeckende Prämie bezahlen. Die Regelleistungsprämie für die Kinder wird über das Steuersystem aus Bundessteuern ebenso finanziert, wie Kosten, die mit Schwangerschaft und Mutterschaft verbunden sind. Hinzu kommen staatliche Transfers für bedürftige Familien, damit die medizinisch wirklich notwendigen Leistungen auf jeden Fall versichert sind. Dabei ist es für die Neuen Bundesländer erforderlich, dass diese Leistungen nicht zu Lasten der Länderfinanzen realisiert werden.

Die Forderung, allgemein das wirtschaftlicher Risiko für Familien möglichst zu beseitigen, gilt insbesondere, wenn außergewöhnliche finanzielle Belastungen durch behinderte oder chronisch kranke Kinder vorliegen. Deshalb sind hier bei Bedarf zusätzliche Unterstützungen notwendig. Potentiellen Eltern wird die Entscheidung für Kinder erleichtert, wenn sie wissen, dass die Familie in solchen Notlagen mit spezifischen staatlichen Hilfen rechnen kann.

Die Modelle der sozialen Sicherung in Deutschland stehen vor einer harten Bewährungsprobe. Ob Renten-, Kranken-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung, in allen Zweigen der sozialen Sicherheit wird das System angesichts der demographischen Entwicklung überdehnt und ist entsprechend zu reformieren.

Eine Neuausrichtung, die diejenigen entlastet, die durch ihre Kinder zur Stabilität der Systeme beitragen, ist notwendig. Diese Grundregel muss auch bei einem Umbau der sozialen Sicherungssysteme gewahrt werden. Durch die Einführung privater Absicherungselemente, kopfbezogener Pauschalen und Eigenbeteiligungen dürfen nicht Familien mit Kindern die Benachteiligten sein. Bei einer Reform der sozialen Sicherungssysteme haben die Bedürfnisse der Familien oberste Priorität.

***Kinderbetreuung: Schlüssel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gleichzeitig zur Chancengleichheit für Kinder!***

Die meisten Eltern fördern und erziehen ihre Kinder bestmöglich und erfolgreich. Bei Erwerbstätigkeit beider Elternteile muss sichergestellt sein, dass die Kinder eine qualitativ hochwertige Betreuung außerhalb der Familie durch klassische Einrichtungen, wie Kinderkrippen, Kindergärten und Horte erhalten. Die Tagespflege - also die Betreuung von Kindern durch Tagesmütter und -väter - soll als qualitativ hochwertiges, Kinderbetreuungsangebot gleichrangig neben der institutionellen Betreuung in die staatliche Förderung einbezogen und ausgebaut werden.

Nur ein vielfältiges Betreuungsangebot von staatlichen und privaten Einrichtungen, von Tagespflege und Kindertageseinrichtungen ermöglicht es den Eltern eine auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Betreuung der Kinder zu erhalten. Die Privatisierung kommunaler Kindertageseinrichtungen sollte ein Ziel sein, es ist aber auch

sicherzustellen, dass weltanschaulich neutrale Angebote vorhanden sind. Neue Träger sollen dabei vor allem die Qualitätsstandards der Länder erfüllen, aber auch Spielräume für neue Vielfalt, Kreativität und Kosteneinsparungen erhalten und ausnutzen. Wichtig ist die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse, die Entrümpelung kostentreibender versicherungsrechtlicher Vorschriften für Kindertageseinrichtungen und der Verzicht auf überholte und überzogene Regulierungen, z.B. bei der räumlichen Ausstattung. Ziel ist die Schaffung eines neuen Freiraums für Kommunen und die einzelnen Einrichtungen, um nach konkreten Erfordernissen vor Ort zu entscheiden. Kommunen und andere Träger von Betreuungseinrichtungen sind durchaus in der Lage, gemeinsam mit den Eltern zu definieren, welche Standards in ihrer Gemeinde erforderlich sind und wo Prioritäten gesetzt werden müssen. Mindeststandards zum Wohle des Kindes sind jedoch zu beachten.

Die besonderen Bedürfnisse behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder müssen gerade in Kindertageseinrichtungen angemessen berücksichtigt werden. Integration und das Vermeiden von Aussonderung und Ausgrenzung sind die Ziele. Integrative Kindertageseinrichtungen müssen stärker gefördert werden. Es gilt, in der frühkindlichen Bildung und Erziehung die Stärken dieser Kinder zu identifizieren und am Ausgleich ihrer Schwächen zu arbeiten.

Die Integration von Migrantenkindern muss aktiv und systematisch gefördert werden. Derzeit besuchen Kinder mit einem Migrationshintergrund nur in geringer Zahl Kindertageseinrichtungen. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist dabei zugleich Herausforderung und Chance. Neben der Vermittlung sprachlicher Kompetenzen, ist es genauso wichtig, dass Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund lernen, mit Unterschiedlichkeit tolerant und gewaltfrei umzugehen. Sinnvoll sind spezielle Angebote für Eltern von Migrantenkindern, die deren Partizipation und Integration fördern.

Wir müssen *Erziehungs- und Bildungspartnerschaften zwischen Eltern und Erzieher/innen weiter stärken*. Anregung bieten z.B. Modelle aus Sachsen-Anhalt, wo Eltern sich aktiv in Kindertageseinrichtungen einbringen und als Freiwillige beispielsweise Kinder am Computer anleiten, zusätzliche Sportangebote ermöglichen oder mit ihnen in einer Fremdsprache sprechen und spielen. Die Kinder selbst dürfen

in dieser Erziehungs- und Bildungspartnerschaft nicht einfach nur Objekte der Vereinbarungen sein. Auch im Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen soll es Ziel sein, besonders älteren Kindern angemessene Formen der Partizipation – beispielsweise im Bereich Ganztagschule/ Hort - zu eröffnen.

*Die Einrichtung von Betriebskindergärten ist durch flexible und vereinfachte gesetzliche Vorgaben zu erleichtern.* Besonders für kleinere Unternehmen bieten sich Kooperationsformen mit anderen Betrieben oder mit Kindergärten an. Private und ehrenamtliche Initiativen auf dem Gebiet der Kinderbetreuung, wie Elterninitiativen oder Großelterndienste, sind weiter zu unterstützen.

Die neuen Bundesländer erfüllen im deutschen Vergleich bereits die meisten Anforderungen, die an die Kinderbetreuung gestellt werden. Es ist eine umfassende Betreuung für Kinder berufstätiger Mütter und Väter vom Kleinkindalter bis in die Sekundar-Schulzeit gesichert. Dennoch muss weiter an der Verbesserung familienbezogener Dienstleistungen gearbeitet werden.

Liberaler Familienpolitik will die Anforderungen von Unternehmen an die Flexibilität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bedürfnisse von Müttern und Vätern in Einklang zu bringen. Die Wunsch- und Wahlmöglichkeiten in der Kinderbetreuung spielen hier eine wichtige Rolle. Betriebskindergärten oder durch Unternehmen gebundene Kindergartenplätze werden zukünftig an Bedeutung gewinnen.

### ***Verbesserung der Bildungsangebote***

Die Qualität der Bildung und die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen ist neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einer der wesentlichen Faktoren bei der Entscheidung junger Menschen für Kinder. Gute Bildung bedeutet bessere Zukunftschancen. Wenn Eltern wissen, dass ihre Kinder in ihrer Region eine gute Bildung erhalten, kann dies ein Argument gegen Abwanderung sein, denn gleiche Bildungschancen für alle Kinder entlasten Familien und mindern Zukunftsängste.

Die Betreuung im Kindergarten muss deshalb durch altersspezifische Bildungsinhalte weiter ergänzt werden, um eine bestmögliche Vorbereitung für den Schuleintritt zu gewährleisten. Dabei ist es wichtig, die praktizierten Unterrichtsinhalte und –methoden, die die Erzieherinnen erfolgreich bereits seit mehr als 20 Jahren umsetzen, durch moderne Bildungsinhalte und –methoden ergänzt werden. Dies bedeutet auch, dass Erzieherinnen die Zeit geboten werden muss, sich fortzubilden und sich auf die pädagogischen Inhalte elementarer Bildung vorzubereiten.

Auch im Rahmen der freiwilligen Nachmittagsbetreuung in den Grund- und Sekundarschulen, sollten soweit möglich Bildungselemente angeboten werden. Elemente wie Sprachunterricht, Musikalische Erziehung, Sport, Angebote zur individuellen Förderung haben sich bewährt und sollten ausgebaut werden.

### ***Wohneigentum als Familienfaktor***

Die Wohnverhältnisse von Familien sind ein entscheidender Faktor zur Erleichterung der Familiengründung. In den dünn besiedelten Teilen Finnlands, inzwischen aber auch in einzelnen Regionen Deutschlands findet ein regelrechter Wettbewerb der Kommunen um den Zuzug von Familien deshalb insbesondere durch das Angebot äußerst preisgünstiger Baugrundstücke statt.

Die Liberalen Frauen fordern deshalb:

- familienfreundliche Ausweisung und Vergabe von Baugrundstücken
- ab drei Kindern Vergabe von Baugrundstücken im Erbbaurecht mit der Möglichkeit des späteren Erwerbs, Erbbauzins gestaffelt nach Kinderzahl: 3 Kinder: 3,5%, 4 Kinder: 2%, 5 und mehr Kinder: 0%
- ab drei Kindern Zuschuss beim Kauf eines städtischen Grundstücks in Höhe von rd. 1000 Euro pro Kind (zusätzlich zur staatlichen Wohnungsbauförderung) oder Zuschuss zu Bauvorhaben in Höhe von 5000 Euro, der in Raten von 500 Euro pro Jahr ausgezahlt wird
- entsprechende Förderung beim Erwerb von Altbauten und beim familiengerechtem Umbau vorhandener Häuser.

In Deutschland muss eine wirksame lokale Familienförderung an den familienfreundlichen Merkmalen der unterschiedlichen lokalen Lebensräume

ansetzen. Für die Innenbezirke größerer Städte bedeutet dies, dass die Verbesserung der Wohnbedingungen für Familien (größere, dennoch bezahlbare Wohnungen, kindgerechte Freiräume) eine vordringliche Aufgabe ist und daneben die typischen Stärken der städtischen Räume für Familien (vor allem gute Bildungsinfrastruktur) bewahrt oder weiter ausgebaut werden müssen.

Problematisch ist die Situation für die ländlichen Gebiete und Kleinstädte des Landes. Der Standortnachteil von dünner Besiedlung kann für Familien aber dann zu einem Pluspunkt werden, wenn ihnen zu äußerst niedrigen Preisen Bauland angeboten wird. Kommunen sollten nicht versuchen, durch die Ausweisung von Bauland für Familien ihre Finanzen aufzubessern, sondern durch gezielte Vergabe der attraktivsten Bauflächen an Familien mittelfristig ihre Einwohnerzahl zu stabilisieren.

Landesseitig sollte eine Umgestaltung der Wohnungsbauförderung in Richtung auf eine konsequente Familienförderung geprüft werden, d.h. deutliche Berücksichtigung der Kinderzahl und des Alters der Antragsteller bei der Förderhöhe (Prinzip: Je höher die Kinderzahl und je niedriger das Alter der Antragsteller, umso höher die Förderung). Dadurch würden Anreize geschaffen, vor allem die wichtige Zielgruppe der jungen Paare im Zuge der Familiengründung zu erreichen.

### **Ein neues Verständnis verankern**

Die Liberalen Frauen fordern, den Wert von Kindern für unsere Gesellschaft wieder bewusst zu machen. Familienpolitik braucht allerdings einen langen Atem, sie darf sich nicht in kurzfristige und plakative Äußerungen und Maßnahmen verzetteln.

Aber: Familienpolitik heißt die Zukunft zu gewinnen. Um Kinderwünsche zu unterstützen, ist nichts so wichtig wie Zukunftsvertrauen und Verlässlichkeit. Politik hat hier die Aufgabe, langfristige, nachhaltige und verlässliche Rahmen und Normen zu setzen.